

Für eine echte Säkularisierung des Freistaats Bayern!

Wir von der GRÜNEN JUGEND BAYERN stehen ein für ein vielfältiges Spektrum von in Bayern lebenden Menschen! Daher treten wir auch für Religionsfreiheit ein: Jede*r soll die eigenen religiösen Überzeugungen verfolgen dürfen – egal ob Christentum, Islam, andere Religionen oder Atheismus –, solange dadurch nicht die Freiheit anderer eingeschränkt wird. Gleichzeitig ist es vonnöten, dass der Staat sich neutral dazu positioniert und nicht bestimmten Religionen bzw. religiösen Auffassungen eine Sonderrolle einräumt.

Ein nicht-säkularer Staat gefährdet die Grundwerte der Freiheit und Gleichheit, da die Überzeugungen anderer – seien es Anhänger*innen anderer religiöser Gruppierungen oder Atheist*innen – marginalisiert werden. Eine Gleichberechtigung durch den Staat ist dadurch eindeutig nicht mehr gewährleistet, da die Lebensweise einer bestimmten religiösen Gruppe über die anderer gestellt wird. Zudem findet eine Einschränkung der Freiheit zugunsten der staatlich unterstützen religiösen Gruppierung(en) statt.

Um größtmögliche Entfaltungsmöglichkeiten gewährleisten zu können, wollen wir eine klare Trennung von Staat und religiösen Institutionen!

Keine institutionalisierten religiösen Symbole im staatlichen Kontext

Dies bedeutet für uns unter anderem, dass es keine institutionalisierte Sichtbarkeit religiöser Symbole wie Kruzifixe in staatlichen Einrichtungen geben darf. Da Menschen anderer religiöser Auffassungen durch eine derartige Präsenz bestimmter religiöser Symbole ausgegrenzt werden, dürfen gerade an Orten wie Schulen keine Zeichen einer bestimmten Glaubensrichtung ausgehängt werden. Ämter stehen weiterhin allen Menschen offen, da das Tragen religiöser Symbole durch Individuen davon nicht berührt wird.

Daher fordern wir, entschieden gegen den Vorstoß der CSU einzutreten, der ab dem 1. Juni 2018 in allen bayerischen Behörden Kreuze als verpflichtenden Bestandteil vorsieht.

Trennung von Staat und Kirche in allen Bereichen

Vorstöße wie dieser zeigen, wie wichtig es ist, entschieden Zeichen gegen die bestehende Verflechtung von Staat und Kirchen zu setzen. Wir fordern daher, wie bereits die Beschlusslagen der GRÜNEN JUGEND vorsehen, dass eine Säkularisierung in allen Bereichen stattfindet. Dies



beinhaltet unter anderem auch die Loslösung von Feiertagen von ihrem christlichen Kontext und die Aufhebung damit einhergehender Tanzverbote sowie die Einführung von religionsübergreifendem Ethikunterricht statt Religionsunterricht.

Kein Sonderrecht für religiöse Organisationen

Religiöse Organisationen, besonders im sozialstaatlichen Bereich, wie beispielsweise kirchliche Träger*innen, müssen sich in ihrer Gesamtheit an staatliches Recht halten und dürfen hiervon keine Ausnahmen genießen, wie zum Beispiel die Entlassung wiederverheirateter Personen.

Entflechtung von Religion und Staat – jetzt!

Säkularisierung umzusetzen heißt nicht, Kultur nicht zu achten. Vielmehr bedeutet es, die Vielfältigkeit von Kultur(en), aber auch von Lebensstilen wertzuschätzen, die in Bayern gegenwärtig sind. Um allen Menschen, die hier leben, gleichermaßen gerecht zu werden, bedarf es daher einer echten Entflechtung von Religion und Staat in Bayern statt einer Marginalisierung Andersdenkender – und zwar jetzt.

Beschlossen auf dem 42. Landesjugendkongress der GRÜNEN JUGEND Bayern am 13. Mai 2018 in Würzburg.